

Keiner will sie, jeder braucht sie: Die Verwaltung

Man kommt an ihr nicht vorbei. Die öffentliche Verwaltung, also alle möglichen Behörden, Senat und Bezirksämter, bestimmen unser Leben. Ausweis, Pass, Führerschein, Genehmigungen für dies und das. Bürgerämter heißen für die meisten Anliegen diese städtischen Stellen, die dem Genderwahn im Namensschild noch nicht zum Opfer gefallen sind, also kein Bürger*_/innen-Amt. Noch nicht.

Früher hieß das Einwohnermeldeamt, da wusste der Bürger, was die Stunde geschlagen hat. Die Berliner Verwaltung als Unternehmen und der Bürger als Kunde, so das neue Motto. Alles Etiketten, die nichts verändert haben. Es gibt zweifelsohne viele Mitarbeiter in der Verwaltung, die sich als Dienstleister verstehen und kundenorientiert tätig sind. Aber eben immer noch die vielen, deren erhobenes Credo lautet: Der Staat bin ich. Und so wird man von diesen Leuten auch behandelt.

Die Berliner Morgenpost beschäftigt sich heute ausführlich mit dem Thema. Ein umfassender Bericht von Chefreporter Joachim Fahrun durch einen Kommentar ergänzt und ein Interview mit Staatssekretär Frank Nägele, der in der Senatskanzlei für die Verwaltungsreform zuständig ist.

Der Ist-Zustand der Berliner Verwaltung beruhigt keineswegs. *„Berlins Behörden sind weniger leistungsfähig als andere Verwaltungen.“* Das räumt Frank Nägele gegenüber der Morgenpost ein. *„Berlin leistet sich auch aufgrund seiner Einzigartigkeit und seiner Geschichte Strukturen und Prozesse, die andere so nicht haben.“*

Viel schlimmer jedoch: *„In vielen Dienststellen wird in den nächsten Jahren jeder dritte Mitarbeiter in den Ruhestand wechseln. Von den 118.000 Beschäftigten der Senatsverwaltungen und der Bezirksämter sind 16 Prozent über 60 und weitere 37 Prozent über 50 Jahre alt.“* Wie diese zu erwartende Lücke bei dem vorhandenen Fachkräftemangel geschlossen werden soll, kann im Augenblick niemand vorhersagen.

Aber, am 14. Mai soll ein „Meilenstein“ gesetzt werden, *„wenn Senat und Bezirksbürgermeister einen Zukunftspakt für die Berliner Verwaltung unterzeichnen. Darin sollen 26 Projekte und Prozesse vereinbart werden, die in klarere Kompetenzen, bessere Steuerung und mehr Dienstleistungsqualität münden sollen.“* Das klingt gut und ich wünsche viel Erfolg bei der Umsetzung, habe aber als alter Nörgler nicht vergessen, wie viele ähnliche Versuche es in den letzten 50 Jahren schon gegeben hat. Wenn sich ein

Hochbauamt nun Facility Management nennt, ist das wieder nur ein neues Schild an einer alten Tür.

Nägele zur Morgenpost: *„Wir stehen an einem Scheideweg. Die Bürger, aber auch die Mitarbeiter merken, dass etwas passieren muss.“* Warum erst jetzt und nicht schon früher? *„Wir werden“*, so der Staatssekretär weiter: *„die wachsenden Aufgaben der Zukunft also nur stemmen, wenn wir effizienter arbeiten.“* Es wäre ja schon erfreulich, wenn die Aufgaben der Gegenwart halbwegs ordentlich bearbeitet werden könnten.

Schuld an dem ganzen Elend sind natürlich die früheren Finanzsenatoren Sarrazin und Nußbaum, ohne dass sie namentlich erwähnt werden. In deren Zeit *„von Sparzwang und Personalabbau habe es in den Ämtern ‚keine Kraft‘ gegeben, sich mit Führung, besserer Steuerung oder Digitalisierung zu beschäftigen.“* Ja, man wird schon etwas kraftlos, wenn einem sechs Jahre lang zwischen acht und 12 Prozent seines Gehalts gestrichen werden. Dafür bis zu 15 Tage mehr Urlaub im Jahr bekommen zu haben, glich das Defizit in der Haushaltskasse der Familien nicht aus.

Der Optimismus des Verwaltungsreformers ist durchaus sympathisch. *„Eine entscheidende Rolle für den Modernisierungsprozess müssen aus Nägeles Sicht die Führungskräfte spielen. Viele von ihnen verstünden sich aber immer noch als bessere Sachbearbeiter. Das begünstige eine Kultur, in der sich Mitarbeiter mehrfach absichern wollten, und mache die Prozesse langsam.“* Ja, die Führungskräfte. Vielen von ihnen wird vom täglichen Rundschreiben lesen immer wieder schwindelig. Wer in einem Bezirksamt in der letzten Gehalts- (Angestellte) oder Besoldungsstufe (Beamte) festsetzt, schaut regelmäßig nach, ob er in einer Senatsverwaltung, oder noch besser Bundesbehörde, für den gleichen, lieber geringeren Einsatz, mehr verdienen kann.

Ob die Stärkung der Position der Bezirksbürgermeister für die Bürger eine Verbesserung bringen wird, muss sich zeigen. Ebenso, ob die Bezirksverwaltungen allein deshalb besser und effektiver arbeiten können, wenn es künftig sechs statt fünf Stadträte geben wird. Es waren einmal sieben, dann sechs, dann fünf und nun wieder sechs Bezirksamtsmitglieder, und irgendwann sicherlich wieder sieben. Der Vorteil für die Parteien liegt allein darin, wieder mehr ihrer Politikprofis unterbringen zu können. Kleinere Parteien haben so auch bessere Chancen, ins Bezirksamt einziehen. Also noch mehr AfD-Stadträte.

Überlassen wir den Schlusssatz Frank Nägele: *„Zu glauben, jetzt geht man einmal mit der Harke durch und alles ist neu organisiert, das geht nicht.“* Käme auf die Größe der Harke an.

Ed Koch